

# Mehr Präsenz statt bloßer Verbotskultur



Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Hamburg möge beraten und beschließen:

Die Jusos Hamburg fordern den Senat auf, sich innerhalb des Hamburger Verkehrsverbundes dafür einzusetzen, dass erstens die derzeit geltenden Beförderungsbestimmungen nicht um ein generelles Verbot des Genusses alkoholischer Getränke erweitert werden und zweitens die Präsenz von Sicherheits- und Kontrollkräften zur verbesserten Durchsetzung der bereits bestehenden Bestimmungen in Bussen und Bahnen, sowie an Bahnsteigen erhöht wird.

## Begründung:

Bereits im vergangenen Dezember forderte der damalige Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) ein generelles Alkoholverbot im Öffentlichen Nahverkehr. In den letzten Wochen ist bekannt geworden, dass der Hamburger Verkehrsverbund nun in der zweiten Jahreshälfte 2011 die Einführung einer derartigen Regelung plant. Demzufolge soll mit Inkrafttreten der ergänzten Beförderungsbestimmungen für den Konsum alkoholischer Getränke innerhalb der Fahrzeuge des HVV ein Bußgeld in Höhe von 40 Euro erhoben und der Fahrgast von der weiteren Fahrt ausgeschlossen werden. Wir Jusos halten diesen Ansatz für falsch. Nicht nur haben wir erhebliche Zweifel an der Effektivität einer solchen Regelung. Sie birgt darüber hinaus die Gefahr, Einfallstor für eine Verbotskultur zu sein, in der Einschränkungen der individuellen Freiheit und die Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen an die Stelle der eigentlichen Ursachenbekämpfung treten.

Hamburg erhebt gerade unter dem neuen Senat den Anspruch, eine offene und tolerante Metropole zu sein. Die Wahrung der Freiheit des Einzelnen steht im Einklang mit der liberalen Tradition unserer Stadt. Solange sie nicht die Lebensqualität anderer beschränken, werden persönliche Gewohnheiten hier, unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung, akzeptiert. Dazu gehört auch der maßvolle Genuss alkoholischer Getränke. Hintergrund des beabsichtigten Verbots sind indes die Folgen übermäßigen Alkoholkonsums, wie Gewalttaten, die Belästigung anderer Fahrgäste, sowie die

# Mehr Präsenz statt bloßer Verbotskultur



Verschmutzung und Beschädigung der Fahrzeuge des HVV. Der Versuch, diese Missstände mit einem absoluten Verbot zu bekämpfen, birgt die Gefahr einer Pauschalisierung. Er impliziert, dass Hamburgerinnen und Hamburger, die Alkohol konsumieren, grundsätzlich zu Gewalt oder störendem Verhalten neigen. Insbesondere junge Menschen werden unter einen unerträglichen Generalverdacht gestellt. Dabei geht es regelmäßig um die Verfehlungen Einzelner, die überdies häufig bereits vor Fahrtritt alkoholisiert sind. Das Verhalten dieser Problemfälle soll nun Begründung sein, die Freiheit der großen Masse der vernünftigen Nutzer Öffentlicher Verkehrsmittel zu beschneiden. Wir Jusos stellen uns entschieden gegen Vorverurteilungen und pauschale Verbote.

Auch stellt sich die Frage nach der Effektivität eines derartigen Verbots. Bereits heute können alkoholisierte Personen, die eine Gefahr für die Fahrgäste darstellen, von der weiteren Fahrt ausgeschlossen werden. Werden Fahrzeuge beschädigt oder verunreinigt, müssen Täterinnen und Täter die Reinigungskosten erstatten. Dennoch wird in Bussen und Bahnen Vandalismus betrieben und dennoch fühlen sich Fahrgäste in Hamburg zu oft bedroht oder belästigt. Über hohe Gebühren und Stichprobenkontrollen sollen Fahrgäste nun von vornherein vor Verstößen gegen die neue Regelung abgeschreckt werden. Effiziente Abschreckung lässt sich in unseren Augen jedoch nicht durch neue Verbote und härtere Strafen, sondern einzig durch eine konsequentere Überwachung der bestehenden Regeln erzielen. Diese kann derzeit durch die Mitarbeiter des HVV offenkundig nicht gewährleistet werden. Wir bezweifeln daher auch stark, dass bei gleichbleibendem Personaleinsatz ein generelles Alkoholverbot in der Praxis umgesetzt werden kann. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass aufgrund des erhöhten Kontrollaufwands durch das Verbot, Sicherheitskräfte an anderen Stellen fehlen. Vorrangig ist hier daher eine Verstärkung des Personals des HVV und damit einhergehend eine erhöhte Präsenz von Ordnungskräften in den Fahrzeugen, sowie an den Bahnsteigen. Das schreckt nicht nur vor Fehlverhalten ab sondern erhöht auch merklich das Sicherheitsgefühl und somit den Komfort der übrigen Fahrgäste.

# Mehr Präsenz statt bloßer Verbotskultur



---

Klar ist und bleibt: der Umgang mit Alkohol und vor allem auch der Missbrauch von Alkohol sind ernstzunehmende Themen über die auch in unseren Augen zu wenig gesprochen wird. Einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Problematik entgeht man jedoch gerade, indem man Alkoholkonsum schlicht aus öffentlichen Orten, wie dem Nahverkehr vertreibt. Statt über die Orte, an denen getrunken werden darf zu diskutieren, sollten viel mehr Aufklärung und Suchtprävention intensiviert werden. Dies geschieht nicht zuletzt auch dadurch, dass man im Nahverkehr zeigt, dass alkoholbedingtes Fehlverhalten entschieden sanktioniert wird. Wir fordern daher kein Alkoholverbot, sondern die konsequente Durchsetzung der bestehenden Regeln.